

20.04

Abgeordnete Rosa Ecker, MBA (FPÖ): Die Petition gegen den Genderwahnsinn (*Heiterkeit des Abg. Silvan*) aus dem vorliegenden Sammelbericht wurde von mir eingebracht, denn Gendern im Text fördert beileibe keine Gleichbehandlung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es geht dadurch nicht nur die weibliche, sondern auch die männliche Form verloren. Durch diese neutralen Formulierungen wie Arbeitskräfte oder Studierende werden Mann und Frau aus der Sprache wirklich verbannt und quasi abgeschafft. (*Heiterkeit des Abg. Bürstmayr.*) Es ist einfach wichtig, dass in der Schule, in der Hochschule und auch in der Uni ein in Rechtschreibung und Grammatik korrektes Deutsch vermittelt wird. Also Lesen und Schreiben in verständlicher Sprache und in ordentlicher Schriftform, **das** ist wichtig – und nicht das Gendern. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sinnerfassend lesen und schreiben zu können, das ist das Mindestmaß. Die „Kurier“-OGM-Studie aus dem April 2023 ergibt eindeutig, dass 81 Prozent sagen, Gendern in der Alltagssprache, in Schulen und in den Medien nützt dem Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau nicht – und sie haben völlig recht. Nur weil Bürger:innenmeister:innenkandidat:innen geschrieben wird, gibt es keine einzige Bürgermeisterin mehr. Es wird nur die Sprache verdreht, sie wird verschandelt, sie wird verfremdet, sie wird eingeschränkt.

Besonders an Hochschulen und Unis ist der Zwang ganz enorm. Es drohen schlechtere Benotungen, wenn man nicht gendert. 2022 hat ein Dolmetschstudent über seinen Anwalt sogar einen Feststellungsbescheid von der Uni Wien verlangt, weil eben eine Dozentin angekündigt hat, dass bei Verwendung nicht geschlechtergerechter Sprache Punkteabzüge erfolgen. An der Med-Uni gab es im Herbst des vorigen Jahres große Diskussionen, weil Studenten gesagt haben, der ganze Studienlehrgang wird quasi seit Beginn nicht nur zum Gendern aufgefordert, sondern de facto dazu gezwungen, weil sonst negative Konsequenzen drohen. Und wenn Arbeiten nicht angenommen werden, weil eine nicht geschlechtergerechte Sprache verwendet wird, kann das

zum Nichtbestehen des Studiums führen. In einer Zeit, in der wir in Österreich vom Ärztemangel nicht nur reden, sondern wirklich darunter leiden, kann es doch nicht sein, dass wegen Nichtgendern die angehenden Ärzt:innen durch das Studium fallen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In Frankreich hat ein Bildungsminister Mut bewiesen und die gendergerechte Schriftsprache aus den Schulen und aus seinem Ministerium verbannt und dort verboten. Das ist schon einige Jahre her. Genau das fordern auch wir im Wissenschaftsausschuss. Kollege Graf hat dazu auch einen Antrag eingebracht, der natürlich von den Regierungsparteien, wie so vieles andere, vertagt wurde.

Bundeskanzler Nehammer ist beim Gendern leicht zurückgerudert. Er hat aber nicht alle Ministerien im Griff, denn nur in den ÖVP-Ministerien gibt es einen abgeschwächten Gendersprachleitfaden, während die grünen Ministerien dem natürlich nicht folgen. Das wundert uns aber nicht, denn wir wissen ja, die grüne Ministerin Gewessler ist doch jene Ministerin, die in den Staatsbetrieben verpflichtend Geschlechterdaten sammeln lassen wollte. Die grüne Ministerin Zadić ist jene Ministerin, die die Gesetze in rein weiblicher Form erstellen lässt. Ja, es gibt diese Wokegruppen, aber nicht in großer Personenzahl, dafür umso lauter und umso moralisierender, und es ist ihnen völlig egal, dass die Mehrheit das Gendern ablehnt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie wollen diese Mehrheit mit der Diskriminierungskeule und unter dem Vorwand der Political Correctness einfach ruhigstellen, mundtot machen und bevormunden. Wir Freiheitliche schöpfen wirklich alle parlamentarischen Möglichkeiten aus – und das steht uns auch zu –, uns gegen dieses Genderdiktat zu wehren. Mehr als 12 000 Menschen haben diese Petition unterstützt, und das ist für uns ein Auftrag, uns weiterhin für unsere schöne deutsche Sprache, die Sprache unseres Volkes in Österreich, einzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

20.08

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hermann Weratschnig. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

